

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 7 (1893)

47 (12.4.1893)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-225537](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-225537)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für Vertretung der Interessen
des werththätigen Volkes.

Redaktion und Expedition: Bant, Adolphstraße Nr. 1.

Erscheint täglich
mit Ausnahme der Tage nach Sonn-
und gesetzlichen Feiertagen.
Inserate die viergespaltene Zeile 10. s
bei Wiederholungen Rabatt
Bestellungsliste Nr. 4757.

Inseraten-Nachnahme für die laufende Nummer bis spätestens Mittags 1 Uhr. Größere Inserate werden früher erbeten.

Nr. 47.

Bant, Mittwoch den 12. April 1893.

7. Jahrgang.

Internationaler sozialistischer Arbeiterkongress Zürich 1893.

Folgende Anträge für den Kongress, die wir in Rücksicht auf die deutschen Gesetze zum Theil nicht wörtlich bringen können, waren bis zum Tage der Brüsseler Konferenz bereits eingelaufen:

I. Maßregeln zur internationalen Durchführung des Achtstundentages.

Anträge 1 und 2 der Arbeitskommission in Paris.
In Erwägung, das Kräfte zwischen proletarischen Völkern nur schreckliche Wegeleien sind, in denen die Arbeiter sich gegenseitig zerstören zum größten Gewinne und zur Befriedigung der Bourgeoisie, die darin das wirksamste Mittel zur Vertheidigung ihres Besitzes findet etc.
verlangen wir:

- 1. daß der Arbeitertag, der 1. Mai, nicht nur eine Kundgebung für den Achtstundentag, sondern
- 2. auch eine Kundgebung für die Erhaltung des internationalen Friedens sei.

Antrag 2 des revolutionären Zentral-Komitees von Paris.

Der Kongress beschließt:
Die Kundgebung des 1. Mai für den Achtstundentag und für die Befreiung der Arbeiterklasse soll zukünftig in jedem Lande den kraftvollen Willen der Arbeiter bekräftigen, um jeden Preis und mit allen Mitteln den internationalen Frieden aufrecht zu erhalten.

II. Die Taktik der Sozialdemokraten mit Bezug auf die direkte Gesetzgebung durch das Volk.

- a) Parlamentarismus.
- b) Sozialismus.

Anträge 2 und 3 der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands.

2. Der Kongress, in Erwägung, daß der Klassenkampf nicht durch parlamentarische Thätigkeit ausgefochten werden kann, fordert die Arbeiterparteien aller Länder auf:

- a) sich der Wahlen nur als Agitationsmittel zu bedienen;
- b) ihre etwaigen Vertreter nur in die Parlamente eintreten zu lassen, um dort gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu protestieren, aber nicht, um ihnen zu erlauben, sich an der parlamentarischen Arbeit zu betheiligen, indem sie Gesetzesvorschläge etc. ausarbeiten.

3. Der Kongress möge sich über die Beziehungen derjenigen Sozialisten erklären, welche, indem sie hauptsächlich für eine Arbeiterklasse Gesetzgebung agitieren, die in der bürgerlichen Gesellschaft möglich ist, aus dem Sozialismus nur eine Regelung der Lohnarbeit und nichts weiter, nur eine Art Staatssozialismus unter einer neuen Form machen wollen.

Anträge 1—5 des Regionalkongresses des Westens von Frankreich.

- 1. Der Krieg sei in Europa abgeschafft.
- 2. In allen seit fünfzig Jahren annerknten Ländern soll die eingetragene Bevölkerung entscheiden können, welcher Nationalität sie angehören wolle.
- 3. Nach Annahme der vorstehenden Bestimmungen durch alle europäischen Parlamente erhalten sie Gesetzeskraft.
- 4. Die Parlamente Europas bezeichnen Delegirte, einen auf eine Million Einwohner, die auf drei Jahre gewählt sind und das internationale Schiedsgericht bilden.
- 5. Dieses derart gebildete Schiedsgericht beschäftigt sich mit der allgemeinen Abrüstung und mit den Maßregeln zur Sicherung des freien Entschlusses der Bevölkerungen, die dazu berufen sind. Alle Zwistigkeiten zwischen Nationen werden endgiltig durch dieses Schiedsgericht geschlichtet.

Antrag 3 des revolutionären Zentral-Komitees von Paris.

Der Kongress beschließt:
Die unablässige Thätigkeit zur Eroberung der politischen Macht durch die sozialistische Partei und die Arbeiterklasse ist die wichtigste Aufgabe.

Antrag der vereinigten schweizerischen Organisationen: Gewerkschaftsbund, Sozialdemokratische Partei.

- In Erwägung:
- daß das Gesetz das geschriebene Interesse des Gesetzgebers ist;
- daß bei der Gesetzgebung das Interesse des ganzen Volkes maßgebend sein soll;

daß erfahrungsgemäß Vertretungskörper mehr die Kapitalisten als die Arbeiter vertreten und daher die Gesetze zu Gunsten des Kapitals und zum Schaden der arbeitenden Klasse machen;

daß der Parlamentarismus überall da, wo er schrankenlos herrscht, zu Korruption und Volksbetrug geführt hat;

und daß nur durch direktes Eingreifen in die Gesetzgebung das Volk die Erkenntnis seiner Macht gewinnen kann, die zur Befreiung der arbeitenden Klasse nöthig ist, erklärt es als eine Vorbedingung für die Aufhebung jeder Klassenherrschaft, daß die arbeitenden Klassen als kräftigstes politisches Kampfmittel für die direkte Gesetzgebung durch das Volk eintreten, bei der das Volk das Vorschlagsrecht für die Gesetze (Initiative) und das Abstimmsrecht über die Gesetze (Referendum) ausübt.

Alles für das Volk und Alles durch das Volk!

Antrag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf Diskussion über

„Die politische Betätigung der Arbeiterklasse“.

III. Rechte und Pflichten der Internationalität

- a) Im Falle bedeutender Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital,
- b) Im Falle eines Kriegeausbruchs zur allfälligen Verhinderung des Krieges.

Der Antrag der holländischen Arbeiterpartei wiederholt die bereits in Brüssel abgelehnte und durch die bekannte Resolution über den Militarismus ersetzte holländische Forderung der militärischen Dienstverweigerung.

Antrag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf Diskussion über

„Die Stellung der Arbeiter zum Krieg“.

(Fortsetzung folgt.)

Politische Rundschau.

Bant, den 10. April.

— In Treblin (2. Kösliner Wahlkreis) fand eine Protestversammlung gegen den kürzlich mit großem Geschrei gegründeten „Bund der Landwirthe“ statt. Die Versammlung, welche von über 200 Bauern und kleineren Landwirthen besucht war, nahm folgende Resolution einstimmig an: „Die vereinigte Versammlung von Landleuten aus dem Kreise Rummelsburg in Pommern will keine Gemeinschaft mit dem agrarisch-konserverativen „Bund der Landwirthe“ haben. Die Versammlung protestirt gegen die seitens des agrarisch-konserverativen „Bundes der Landwirthe“ vorbereitete Befestigung des deutsch-russischen Handelsvertrages, den sie im Interesse der deutschen Nation für unbedingt notwendig erachtet.“

— Die bekannte Sparteorie des Finanzministers Riquel richtet sich jetzt auch auf die Beschränkung des großen Verwaltungsapparats in der Staatsbahnverwaltung. Riquel meint, daß man sich in der Eisenbahnverwaltung vor Beamten gar nicht bergen könne. Gegenüber dem Maybach'schen System der Beamten, mit denen diese Verwaltung besetzt ist, vertritt man also im Finanzministerium das gerade Gegentheil durch die Absicht, eine größere Vereinfachung des Verwaltungsapparates anzubahnen.

— Der „Bund württembergischer Landwirthe“ läßt einen Aufruf an die württembergischen Bauern ergehen, in welchem dringend zur Organisation und zum festen Anschluß an den Bund der deutschen Landwirthe gerathen wird. Bemerkenswerth in dem Aufruf ist der Hinweis, daß der Bund der württembergischen Bauern den besten Damm bilden werde gegen die alle Wände der Sittlichkeit zerstörenden Bestrebungen der Sozialdemokratie. — Wenn dem „Bund württembergischer Landwirthe“ wirklich daran gelegen wäre, gegen die Wände der Sittlichkeit zerstörenden Bestrebungen anzukämpfen, so hätte er ein viel dankbarer Feld in den „besseren“ und „höheren“ Kreisen der Gesellschaft als bei der Sozialdemokratie und der Arbeiterklasse überhaupt. Die Unsitlichkeitsstände, in welche Pfaffen und Leute von der einen Gesellschaft so häufig verwickelt sind, die aber natürlich von der „gutgemeinten“ Presse stets todgleichwiegend werden, sind der beste Beweis für unsere Behauptung.

— Das Centrum veranlaßt jetzt ebenfalls an vielen Orten Bauernversammlungen, weil die bäuerliche Wählerschaft des Zentrums, besonders in Bayern, zu wanken beginnt. Im „Vaterland“ des Dr. Sigl in

München wird über diese Versammlungen fleißig berichtet, wobei immer von Neuem hervorgehoben wird, daß das Centrum für die Bauern gar nichts gethan habe. Jüngst fand eine Versammlung in Schierling statt, in welcher ein Herr Präses Wexler über die Sozialdemokratie herzog. Das „Vaterland“ schreibt darüber:

Die Rede des Herrn Präses begann mit Angriffen auf die Sozialdemokratie. (Zittert, Bebel und Diebstecht, eure Stunde hat geschlagen!) Daß die Sozialdemokraten vor der Arbeit Reibhaus nehmen, ist etwas ganz Neues. Vielleicht war Alles, was die unschuldige Blöße des Herrn Präses bedeckte, von „arbeitscheuen Soci“ gemeub und gesponnen.

Ja, wir meinen auch, die Zentrumsparthei hat eine Masse Leute in ihren Reihen, die in ihrem Leben wohl genug gefalabert, aber noch keinen Faden nützlicher Arbeit verrichtet haben. Es wäre zu unterkochen, ob sie aus Scheu vor Arbeit nichts thun. Jedenfalls gefällt ihnen das arbeitslose, jedoch nicht der Gemüthe entbehrnde Leben, sonst drückten sie sich nicht an der Arbeit vorbei.

— Ein weißer Rabe unter den „nothleidenden“ Landwirthen. Auch den Konservation ist in der Person des Herrn v. Jadow in den eigenen Reihen ein höchst unbequemer Opponent gegen die Getreidezölle erstanden. Herr v. Jadow schreibt in einer Broschüre, welche er gegen den neuen Kurs veröffentlicht hat: „Kein Zoll auf irgend einen anderen Gegenstand fordert in solcher Weise die Opposition des Konsumenten heraus. Wer ist denn der Konsument von Eisen- und Baumwollenaaren, von Tabak, Wein u. s. m.? Doch immer nur ein Bruchtheil der Bevölkerung, welcher sich nicht so leicht in Opposition zusammenschließt, wenn auch die geschätzte Waare durch den Zoll eine erhebliche Vertheuerung erleidet. Konsument von Brod aber ist Jeder und daher nichts leichter, als die ganze Bevölkerung gegen die Brodvertheuerung aufzuregen. Daher ist jeder Schutzzoll auf Getreide immer eine politische sehr bedenkliche Maßregel! Die Landwirthe selbst aber hätten ein Danergeresent weit von der Hand weisen sollen, welches ihnen so zweifelhaften wirtschaftlichen Vortheil, dagegen einen ganz eminenten politischen Schaden gebracht hat. Was nützen dagegen alle so wohlgemeinten Reformbestrebungen, mit denen die Lage der Arbeiterbevölkerung verbessert werden soll! Das theure Brod des armen Mannes ist und bleibt das einfachste und naheliegende Agitationsmittel, mit welchem so lange in Wahl- und Kammerreden opponirt werden wird, wie überhaupt noch irgend ein Rest von Getreidezoll übrig ist.“ — Was sagen die Herren vom „Bund der Landwirthe“ dazu? Dabei ist Herr v. Jadow weder ein Freisinniger noch ein Sozialdemokrat; er ist selbst Großgrundbesitzer und ein hochkonserverativer Mann, also ein Gegner, den die Herren vom „Bund der Landwirthe“ nicht so leicht mit dem Worte „Umschützer“ von sich abschütteln können.

— Ein Soldatenführer verurtheilt. Das Würzburger Militärgericht verurtheilte den Unteroffizier Mahr wegen Soldatenniederhandlung zu viermonatlichem Gefängniß und Degradation. Mahr mißhandelte die Rekruten mit Dörseisen, Schlägen und Säbelstichen.

— Die Handelskammer in Trier schloß sich mit großer Majorität der Petition der Norddeutschen Städte für den Abschluß eines Handelsvertrages mit Rußland an.

— Herr Stöcker, der Vater des Antisemitismus, sprach in Berlin in äußerst tabuamäßig verlaufener Versammlung über „Den Raba antisemitismus“. Dieses Thema, von dem Hsprediger a. D. behandeln zu hören, hat gewiß etwas Anziehendes. Nach der „Weser Zeitung“ hat Stöcker drei Gründe für den Rabaantisemitismus gefunden. Nämlich das allgemeine Wahlrecht, die faulen Mittelpartei und die Zurückhaltung der Regierung. Es ist die objektive Art, die Dinge zu betrachten, wie wir sie von jeher an dem Er-Hsprediger gewöhnt sind. Er spricht von einer sittlich ernsten Bewegung in derselben Athemzuge, in dem er gegen eine ganze Partei die Verdächtigung schleubert, daß sie gegen Beziehung für die Juden eintrete, und er behauptet eine christliche Grundlage des Antisemitismus in demselben Augenblicke, wo er sich beklagt, daß konsequenter Schüler alles Neulage mit Roth bemerken und nichtswürdige Angriffe auf das alte Testament machen, die er nicht billigen könne. Jetzt, wo die Karre fest gefahren ist, jetzt will er seine Hände in Unschuld waschen und beklagt sich nur, daß der konsequenter Antisemitismus bereits Miene macht, ihn selbst als lauen Raodicker aus seinem Wahlkreis herauszuwerfen. Auch hier wiederholt sich, daß ein Ehrenmann vom Andren abgethan wird.

— Gewinn ohne Arbeit. Einen Reingewinn von 1.522.873 Mark haben die Aktionäre der Arenbergischen Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb mit ihrer Arbeit im Jahre 1892 erzielt. Davon sollen 50.000 Mark für Beamtenvergütung, 150.000 Mark für den Aufschlag, 44.535 Mark als Gemeinnutzbeitrag des Verwaltungsrats und 1.200.000 Mark zur Zahlung von Dividenden verwendet werden. Die „armen“ Aktionäre bekommen dieses Jahr nur 40 Mk. für jede 100 Mk., die sie in diesem Unternehmen angelegt haben; im Vorjahre wurde das Doppelte, 80 Prozent, an Dividenden ausgezahlt. — Die Farbwerke, vormals Meister, Lucius und Brüning, erzielten im vergangenen Jahre einen Geschäftsgewinn von nicht weniger als 6.519.017 Mk. Nach Abzug verschiedener Unkosten als Löhne, Unfallversicherung, Invaliditätsträgern, Gratifikationen u. s. w. verbleibt ein Reingewinn von 4 Millionen Mark, welche aus den Knochen der Arbeiter herausgeschunden worden sind. Die Letzteren verdienen einen Tagelohn von 2,40 bis 3 Mark pro Tag. — So wird im Gegenwartstaate geteilt.

— Die internationale kriminalistische Vereinigung (Vandegruppe Deutsches Reich) hielt dieser Tage ihre Landesversammlung in Berlin ab. Am ersten Tage stand der interessante Gegenstand der Behandlung der verwahrlosten und verbrecherischen Jugend auf der Tagesordnung. Der erste Berichterstatter über diesen Gegenstand, Staatsanwalt Dr. Appellius-Eberfeld, hat denselben in einem besonderen Buche eingehend behandelt und konnte sich deshalb auf die Darlegung der Hauptgesichtspunkte beschränken. Er gab zu, daß die Frage nicht einseitig als eine solche des Strafrechts zu behandeln sei, und befürwortet in erster Linie die Hinausrückung der Strafmündigkeit vom zwölften auf das vierzehnte Lebensjahr. Es ist erfreulich, daß dieser Ansicht fast einmütig zugestimmt wurde, insbesondere auch von mehreren Strafanstaltsleitern (Kehler-Wabern, Krohne-Berlin, Barrer Müller Braunsdorf, Pfarrer Winkelmann), die sich an der Debatte beteiligten. Es wurde hierfür geltend gemacht, daß mit demselben Alter auch die soziale Mündigkeit beginne, daß der aus dem Gefängnis in die Schule zurückkehrende jugendliche Unheilthäter entweder gehindert und dann sicher ganz verdober oder zum Verführer werde, ferner (von einem Arzte, Dr. Reppmann) die Rücksicht auf die Pubertätszeit und auf die Lehren der anthropologischen Schule. Kehler teilte mit, daß von 400 seit dem Jahre 1887 in seine Anstalt aufgenommenen die Hälfte weniger als 14 Jahre alt gewesen sei, ein Umstand, welcher die hohe Bedeutung der Frage beweise. Was soll nun aber mit den jugendlichen „Verbrechern“ geschehen, wenn ihre strafrechtliche Verurteilung ausgeschlossen ist? Herr Appellius beantragte: „Es kann in diesem Falle staatlich übermächte Erziehung eintreten.“ In einer weiteren These sprach er aus: „Diese findet statt a) in der eigenen Familie, b) in einer geeigneten fremden Familie, c) in einer unter staatlicher Aufsicht stehenden Privatschule, d) in einer staatlichen Erziehungsanstalt.“ Es schien, daß Appellius das staatliche Erziehungshaus eigentlich für die Regel hielt. Dann kommt Alles auf die Beschaffenheit dieser Erziehungsanstalt an, und mir fürchten, daß das Staats Erziehungshaus noch härter sein und der Aufenthalt darin für eben so entsetzlich gelten wird, wie der im Gefängnis. Herr Krohne sprach es denn auch offen aus: Wir sind sehr hart gewesen mit der Empfehlung des Erziehungshauses mit achtjährigem Aufenthalt. Der Korreferent, Amtsgerichtsrath Schmölber-Köln, theilte den „Panatismus“ des Referenten für die Staats Erziehungsanstalt nicht. Er meinte, dieser bilde ein Stück schlimmer Polizeiwirtschaft, oder gar des sozialdemokratischen Zukunftsstaates. Der Mann folgt, wie

man sieht, in der Frage des Zukunftsstaates den Autoritäten Richter und Sachem. Es war immerhin charakteristisch, daß in der Versammlung, die seine Ausführungen mit Unruhe und theilweise mit Heiterkeit begleitete, sich Niemand die Mühe seiner Widerlegung gab. Das Niveau des Kongresses war denn doch etwas höher. Ein Antrag des Antirichters Felsch verlangte, daß bei Begehung einer strafbaren Handlung vor dem 14. Lebensjahr die staatliche Erziehung nicht eintreten könne, sondern müsse. So recht ein Antrag vom grünen Tisch! Da müßte ja jeder Junge, der einmal einen kleinen Spielgegenstand entwendet hat, in's Erziehungshaus. Der Antrag wurde beinahe einstimmig abgelehnt. — Eine sehr charakteristische Debatte spielte sich in der Nachmittags-sitzung ab. Direktor Krohne beantragte, sich für den Ausschluß der Todesstrafe bei jugendlichen zu erklären, sowie für die Unzulässigkeit derjenigen Nebenstrafen bei Personen zwischen 18 und 21 Jahren, die auf die Erfüllung der militärischen Dienstpflicht Einfluß haben. Die Herren Prof. Frank-Gießen und Unterstaatssekretär a. D. v. Rayer waren gegen diesen Antrag im Interesse der Armee. Ersterer erklärte, daß er den Antrag nicht mit sozialpolitischen oder juristischen Gründen bekämpfen wolle, sondern nur erkläre, daß für die Militärstrafverurteilung — obgleich er nicht Namens derselben zu sprechen habe — der Antrag unannehmbar sei. (1) Auch der Antrag, die Todesstrafe einzuschränken, war der Mehrheit der Versammlung recht unangenehm, und seine Ablehnung wurde charakteristisch mit dem Eindruck, den die Annahme im Lande machen würde, begründet. Herr Appellius schloß sich den Gegnern dieses Antrages an, obgleich er selbst in dem nachträglich von der Debatte ausgeschlossenen Theile seiner Thesen beantragt hatte: „Ausgeschlossen sind Todesstrafe, Zuchthaus u. (bei jugendlichen).“ — Zum Schluß der Nachmittags-sitzung kam noch ein Antrag angenommen, der mit der anscheinend humanen Tendenz des Vormittagsbeschlusses konträrthet und lautet: „Die Bestimmungen der §§ 56 und 57 des Strafgesetzbuches, wonach die strafrechtliche Verantwortlichkeit eines jugendlichen davon abhängig ist, daß er bei Begehung der That die zur Erkenntnis ihrer Strafbarkeit erforderliche Einsicht besessen hat, sind zu beseitigen.“

— Auch noch! Vor nicht langer Zeit verlangte, wie sich unsere Leser erinnern werden, das „Militärwochenblatt“ für die entlassenen Unteroffiziere Lehrstellen. In der neuesten Nummer der „Gegenwart“ befindet sich ein mit v. S. unterzeichnete Artikel über „Die Verwendung des Offiziersmaterials“, und worin gesagt wird, daß verabschiedete Offiziere alle Beamtenstellen im hiesigen Dienst einnehmen und die Städte dazu gezwungen werden müßten, solche Stellen nur an Oberbesetzte zu vergeben.

— Die Mannheimer „Nische“ und sonstigen arbeitserfreundlichen „Arbeitervereine haben beschlossen, bei den demnächstigen Gemeinderatswahlen gemeinsame Sache mit allen reaktionären Elementen gegen die Sozialdemokraten zu machen, weil dieselben keine Harmoniebrüder, Schweißwedler und Achselträger, sondern nur vernünftige, zielbewusste und charakteristische Arbeiter als Gemeinderatskandidaten aufstellen wollen. Die „große“ antijohannische Koalition wird sich in Mannheim dieselbe blaumale Niederlage holen, wie überall da, wo die nämliche Bundesmobbie aufgeführt wurde.

Frankreich.

Paris, 10. April. Die meistbeschäftigten Arbeiter in Paris sind gegenwärtig die Zettelankleber, die bis zum 16. April, an welchem Tage die Gemeinderatswahl stattfindet, in Hülle und Fülle zu thun haben. Denn die Zahl der Kandidaten beträgt an 500 und jeder läßt an den Mauern und Anschlagtafeln seines Viertels viele Zettel

ankleben. Außerdem schiebt jeder dieser Kandidaten auch noch sein Wahlprogramm den Wählern. Viele dieser Kandidaten bemerken sich um das Amt des Gemeindevorstandes, denn ein Gemeinderath von Paris bezieht eine monatliche Entschädigung von 500 Francs. Öffentlich werden nur solche Männer gewählt, die aus Prinzip und aus Interesse für das Gemeinwohl kandidiren.

Paris, 10. April. Der Ministerpräsident Dupuy referirte heute mit dem peruanischen Gesandten in Betreff des Streitfalles zwischen Peru und den französischen Gläubigern. Der Streitfall soll dem Schiedsprotokolle des Schweizerischen Bundesgerichts unterbreitet werden. — Der Präsident Carnot hat das Dekret, betr. die Begnadigung Turpin's, des Erfinders des Nitrits, unterzeichnet. Der brave Panamist Cornelius Herz soll, wie aus London gemeldet wird, noch kränker geworden sein. Es will sich scheinen, als ob man in den letzten Kreisen von Paris, wenigstens soweit man von Panama zittert, gar nicht so unangenehm von einer noch schlimmeren Nachricht über Herz berührt sein würde.

England.

London, 10. April. Angesichts der drohenden Haltung der Unionisten und Gegner der Gladstone'schen Commerce-Bill hat der Bizekönig die unbefristete Einfuhr von Waffen und Munition verboten. Er gestattet sie nur nach Dublin, Belfast, Cork und 14 anderen irischen Häfen. Weitere Beschränkungen bleiben vorbehalten.

Hull, 10. April. Der Streik der Dodarbeiter dauert fort. Zwei Schiffe der Firma Wilson sind durch die Kommiss und Nichtunionisten fast ganz beladen worden. Die Eigentümer der Schiffe glauben, daß sie ohne Schwierigkeiten die nötige Schiffsmannschaften bekommen werden. In einem anderen Dock ruht die Arbeit ebenfalls und werden Unruhen dort befürchtet. Polizei und Militär patrolirten fortwährend. Der große Schiffstheber Charles Wilson in Hull, Parlamentariermitglied, gegen den sich die Agitation des Gewerkevereins hauptsächlich richtet, will lieber seine Handelsverbindung mit Hull aufgeben, als sich der Forderung der Dodarbeiter, keine Nichtgewerkevereiner zu beschäftigen, zu unterwerfen. Ein Einigungsversuch des Arbeiterkandidaten Mr. Fred Mabbison mißlang. Die Führer des Streiks, J. S. B. Wilson und Ben Talbot, hielten in einer von 10.000 Arbeitern besuchten Versammlung es für notwendig, daß der Kampf durchgeführt werde und daß die Dodarbeiter in allen Hauptstädten sich mit den Streikenden solidarisch erklärten. In dieser Versammlung wurde das Bildnis des verhassten Rhetors Charles Wilson in effigie verbrannt. Ausschreitungen kamen nicht vor.

Türkei.

Konstantinopel. Eine merkwürdige Presfordomäne hat der türkische Sultan erlassen. Die berichtet wird, verbietet ein kaiserliches Trabe den türkischen Zeitungen, am Morgen zu erscheinen. Fortan dürfen dieselben erst am Nachmittag herausgegeben werden. Diese Maßregel soll eine Folge der von vielen Blättern veröffentlichten Berichte über verschiedene Unfälle sein, welche höhere Offiziere und Beamte aus der Umgebung des Sultans betroffen haben. Was das Nichterscheinen der Zeitungen am Morgen daran ändern würde, bleibt dem gewöhnlichen Menschenverstande unsachbar.

Amerika.

Newport, 4. April. Präsident Cleveland geht mit der festen Absicht aus, eine Extrassession des Kongresses für September, spätestens Oktober einzuberufen. Zu diesem Entschlusse soll sich der Präsident hauptsächlich wegen der Inangriffnahme der geplanten Zolltarifreform aufzurast haben. Als Grundlage dieser Reform wird ein Vorfalltag

Die Hand der Erbin.

Original-Roman von D. Reinhold.

Radbruch verboten.

(Fortsetzung.)

„Wie kannst Du danach nur fragen, Fritz? Ich glaub' von alledem bis jetzt kein Wort und werde ruhigen Herzens zusehen, wenn sich das ganze Vermögen in blaue Luft auflöst. Fräulein von Lottendorfs' Reich soll unter meiner großen Erbschaft jedenfalls keinen Schaden leiden!“

Frau Brandmüller war außer sich, und sie warf Berthold einen nicht weniger als liebevollen Blick zu, den der junge Handwerker glücklicherweise nicht bemerkte. Noch anzüglicher war der tiefe Seufzer der Erleichterung, welchen sie ausstieß, als Berthold nach einer kleinen Weile aufstand, um sich zu verabschieden.

„Ich will Dich nicht länger in Deiner Arbeit stören, Helene“, sagte er; „Du möchtest sonst gar zu tief in die Nacht hinein an der Maschine sitzen! — Was getrennt Du nun in dieser Erbschaftsangelegenheit zu thun?“

„Ich, ich liebe sie am liebsten ganz ruhen; denn ich fürchte, wir werden nur Spott und Enttäuschungen damit erleben.“

„Na, das wird doch wirklich immer schöner!“ fuhr die Lante auf, die angefaßt einer so unerhörten Reue nicht mehr länger an sich zu halten vermochte. „Der Herr Berthold scheint ja ein merkwürdiges Interesse daran zu haben, Dich an der Erlangung Deines Glückes zu hindern; aber eine solche Beschränkung zu Deinem Schaden werde ich niemals dulden, niemals — niemals!“

„Sie erreifen sich ganz unnötig, verehrte Frau“, sagte Berthold ruhig; „ich denke gar nicht daran, Helene zu hindern! Ich wünsche im Gegentheil in unser aller Interesse sehr dringend, daß eine baldige, unverzügliche Klärstellung der Angelegenheit erfolge und

daß sich Helene den Rath einer rechtskundigen Persönlichkeit hole. Ist Ihnen eine solche bekannt?“

Frau Brandmüller dachte nach, und in der Wille ihrer alten Bekannten aus besseren Tagen entdeckte sie auch wirklich einen Herrn, der vor mehreren Jahrzehnten einmal Schreiber bei einem Advokaten gewesen war. Es beliebigte sie von neuem, als Berthold erklärte, daß man auf den Rath dieses „Juristen“ denn doch lieber verzichten wolle, und hauptsächlich um dem drohenden Konflikt ein Ende zu machen, gab Helene der Unterhaltung dadurch Abtunung, daß sie erklärte, sie werde die Angelegenheit bei der Ableseung des Reiches dem Fräulein von Lottendorfs vortragen, deren Bruder auch die Rechte studirt habe und ihr gewiß behilflich sein könne. Demit hatte es denn sein Bewenden, und Berthold ging, sich nicht minder heilig, aber doch ungleich ernster verabschiedend, als er vorher die Frauen begrüßt hatte. Als er die Thüre hinter sich schloß, hörte er die eifrige Stimme der Frau Brandmüller, welche nun, da ihr keine Rücksicht mehr auferlegt war, dem Erleichterungsbedürfnis ihres überrollen Herzens endlich unbehindert Genüge thun konnte. Er hatte kein Verlangen danach, ihre Meinungsäußerungen zu erlauschen, und ging langsam die feile, dunkle Treppe hinunter, die er sonst gar manchemal mit einem Herzen voll Glück und voll seliger Hoffnungen hinaufgeht war. Unten auf der Straße peitschte ihm ein schneidender Ostwind große, eiskalte Regentropfen ins Gesicht, und schon nach den ersten hundert Schritten war seine leichte Kleidung vollständig durchweicht. Aber er dachte nicht einmal daran, den Regensturm aufzuspannen, den er geschlossen unter dem Arme trug, und erst als er nach einer sehr unlieblichen Berührung mit einem Entgegenkommenden zufällig einmal in die Höhe sah, erkannte er, daß er statt des rechten Weges nach seiner Wohnung gerade die entgegengesetzte Richtung eingeschlagen hatte. Er lehnte trotzdem nicht um, sondern schritt auf's Gerathewohl weiter

in den Wind und Regen hinein; denn für seine gegenwärtige Stimmung war ihm diese Umgebung wohlthuender als die Einsamkeit seiner Kammer. Die Gedanken, die ihn beschäftigten und in die ganze Welt ringsumher vergriffen lagen, waren so trübe wie der regenschwermel Abend über seinem Haupte, und als er sich plötzlich am Ende der Straße vor einem großen Terrain von leeren Baustellen und brachliegenden Feldern sah, die man vorherhand zum Aufspeichern von Schutt und Trümmern benützte, da war es ihm, als sehe er ein Bild seiner dicken, freudlosen Zukunft.

„Nein, nein, ich kann nicht zweifeln, daß es Wahrheit ist mit dieser Erbschaft — volle Wahrheit“, sagte er halblaut vor sich hin, „und Reiner kann ihr dieses Glück des Reichthums aufrichtiger gönnen, als ich, der ich mein ganzes Leben und Streben daran setzen wollte, es ihr zu verschaffen! Aber es wäre mir wohl niemals gelungen. Zu einem Dasein voll Arbeit, Mühsal und Niedrigkeit bin ich geboren, und eine thörichte Hoffnung war es, mich aus eigener Kraft daraus emporarbeiten zu wollen! Ich habe lange und schwer mit dem Gedanken gekämpft, doch ich ihr junges hoffnungsvolles Leben nicht länger an das meine knüpfen dürfte — nun ist die Entscheidung gefallen, schneller als ich geglaubt und glücklicher für sie! Jetzt ist es meine heilige Pflicht, ihr die Freiheit ihres Willens zurückzugeben; wenn es sein müßte, selbst gegen ihren Wunsch, denn es ist eine Welt, die sich da vor ihr aufthut, eine Welt, in die ich mich doch nicht hinein finden könnte und in der sie einen besseren und geschickteren Führer braucht, als ich es ihr sein könnte!“

(Fortsetzung folgt.)

des Newyorker Reformklubs erwählt. Dieser Vorschlag theilt die Reform wie folgt ein: 1) Nahrungsmittel und lebende Thiere, 2) Rohstoffe, wie sie von der einheimischen Industrie verarbeitet werden, 3) Ganz oder Halbfabrikate, zu Fabricationszwecken bestimmt, 4) Zum Konsum bestimmte Fabrikate, 5) Luxusgegenstände. Die unter die Abtheilungen 1 und 2 entfallenden Artikel sollen gänzlich und die unter Abtheilung 3 theilweise auf die Freiliste gesetzt werden, während namentlich Luxusgegenstände in bisheriger Weise verpöfft werden sollen.

Seit mehreren Wochen kommen aus Chile beunruhigende Nachrichten. Nach neuerer Depesche aus Valparaiso tritt ein Haufen Aufständischer die öffentlichen Gebäude in Santiago an, wurde aber zurückgeworfen. Der Belagerungszustand ist daher über die Provinzen Santiago, Valparaiso und Aconcagua verhängt. Der Juraktritt des Kabinetts steht bevor.

— Ein Cincinnati-„Vollkommenheit“, dem „Centralorgan der sozialistischen Arbeiterpartei“, lesen wir folgende „Warnung für Einwanderer“: „Ein Ueberblick der Arbeitsverhältnisse in Chicago überzeugt das unterzeichnete Komitee, daß bei den hier herrschenden Zuständen (51 000 Arbeitslose) Chicago als Weltausstellungsort das gepriesene Eldorado für den Arbeitsmarkt nicht ist, um so mehr nicht, als gemessenlose Agenten in Europa herumreisen und Arbeiter aller Branchen unter Vorspiegelung falscher Thatfachen und unter Kontrakt für Chicago zu engagieren suchen. Wenn wir Euch, Brüder, keine offizielle Statistik der unbeschäftigten Arbeiter verschiedener Gewerbe geben, so geschieht dies, weil wir die Auslosgkeit einer solchen einsehen und aus Erfahrung wissen, daß dieselbe von der Mehrzahl der Arbeiter doch nicht als maßgebend anerkannt wird. Wir geben Euch aber zu bedenken, daß der Zugang von Arbeitskräften nach hier ein so ungeheurer ist, daß Tausende und Abertausende die Stadt wieder verlassen müssen aus Mangel an Erwerb, oder sie gehen elendiglich zu Grunde. Brüder! Meibit von Chicago fern! Im Auftrage der Central Labor Union: Das Agitations-Komitee.“

Gewerkschaftliches.

An die Arbeiterschaft des In- und Auslandes!

Einem schon längst gestülten Behälterniß Rechnung tragend, werden die vereinigten Gewerkschaften Stuttgarts den Geschäftsbetrieb ihrer Centralbehörde, verbunden mit Central-Arbeitsnachweis und Beratheskolle, vom 23. April d. J. an auf eigene Rechnung führen, und haben zu diesem Behuf den in letzter Lage der Stadt — nächst dem Marktplatz — gelegenen Hofplatz zum Sitz, die Hofstraße 14, übernommen.

Mit dieser Einrichtung haben die Stuttgarter Gewerkschaften die Regelung der Arbeitsnachweise und des Berathesdienstes einem ganz bedeutenden Schritt näher geführt, aus welchem Grund auch die Rentabilität dieses Unternehmens zu den höchsten Hoffnungen berechtigt. Da dieses Geschäft mit allen seinen inneren Einrichtungen (Berathungs- und Beratheskolle, ausgedehnter Fernbenutzung etc.) einem wirklichen Arbeitsheim entspricht, und die Verwaltung des Hauses befreit sein wird, den Besuchern desselben den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen, so wird der Hofplatz zum Sitz nicht nur ein Centralbüro aller Arbeiter Stuttgarts werden, sondern unter reichenden Genossen auf der Landstraße werden, wenn sie leichter auf zu oder längere Zeit verlassen, ein trautes Heim auf der Centralstraße Stuttgarts finden. Wir übergeben hier diesen Kultur der Dienstleistung und verweisen gleichzeitig die in allen Gewerkschaftsblättern zu erscheinenden Artikel und auf die demnächst zum Verlang kommenden Blätter. Auf eine ausführliche Mittheilung der Bekanntmachung rechnend zeichnen
Stuttgart, April 1893.

Die vereinigten Gewerkschaften Stuttgarts.

Rassel, 8. April. Der Holzarbeiterkongress beendigt in seiner gestrigen und letzten Sitzung die Ordnung eines „Deutschen Holzarbeiterverbandes“ für Tischler, Drechsler, Stellmacher u. s. w. Der Sitz des Centralvorstandes wird nach Stuttgart, der des Ausschusses nach Berlin verlegt. Der Verbandstag findet alle 2 Jahre nach dem 1. Quartal statt. Das Publikationsorgan ist der „Bolyarbeiter“ und erscheint in Hamburg. Nachdem der Kongress sich zu geliebten Verband ein Statut gegeben, wurde beschlossen, daß mit dem 1. Juli dieses Jahres die Holzarbeiter-Verband zu konstituieren sei und am 1. October dieses Jahres die Liquidation der bisherigen Centralbehörde, welche sich dem Industrieverband angeschlossen, beendet sein müsse. Nachdem die Zahl der besolobten Beamten auf drei bestimmt und die Gehaltsfrage geregelt war, wurde zur Wahl der Beamten geschritten. Zum ersten Vorsitzenden wurde Rassel-Stuttgart mit 78 von 90 abgegebenen Stimmen gewählt. Als zweiter Vorsitzender wurde Weipert-Hamburg (Drechsler) mit 47 Stimmen, als Hauptassistent Rassel-Stuttgart einstimmig gewählt. Bezüglich der Unterstützung von Streik wurde die Bestimmung getroffen, daß in erster Linie dem Vorstand solche Streit zu unterstützen seien, die durch Angriffe auf die Organisation, durch Abzüge oder Abtragungen hervorgerufen werden. Angriffsstreitigkeiten nur mit Zustimmung der Mehrheit der Jährlinge unterstützt werden. Die Sitzungskommision in Hamburg im Einverständnis mit Vorstand und Ausschuss überließ. Der 1. Verbandstag des Holzarbeiter-Verbandes findet 1895 statt.

— Den Verhandlungen der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes, die, wie wir schon gemeldet, zu Altenburg über Ostern tagte, entnehmen wir folgendenassenbericht: Der Verband hatte am 31. December 1892 27 000 Mitglieder, welche sich auf 318 Jährlinge vertheilten; außersiß wurden von den Behörden zwei Jährlinge, ferner 12 herangezogen, daß sich überall die Organisationen durch die Polizei zu leiden hatten. Die Einnahme des Verbandes betrug von August 1891 bis 31. December 1892 311 926,42 M., die Ausgabe 197 689,05 M., der Vermögensbestand am 31. December 1892 197 689,05 M., Jährlinge 12 606,79 M., in Summa 14 337 M., die Schulden des Verbandes am 31. December 1892 9905,23 M.; Bilanz: Vermögensbestand 14 337,57 M., Schulden des Verbandes 9905,23 M., somit reines Vermögen 4432,14 M. Der Kassensbestand der Hauptstelle betrug am 1. April 8406,68 M.

— Der Centralverband der Deutschen Brauer hält seinen diesjährigen Verbandstag in der Zeit vom 31. Mai bis zum 3. Juni in Nürnberg in der Hölzerbergstraße, an. Nach, daß die Anträge sich bis späters 15. Mai an den Verbandsvorstand R. Wiese zu senden.

Der Verbandstag des Deutschen Tischlerverbandes, der seit vielen Jahren in Rassel verhandelt, war von 61 Delegierten besucht. Die auf ihm gegebene Aenderung über die letzten beiden Jahre enthält folgenden Voten: Gesamt-Einnahme in beiden Jahren 285 638,92 M., Ausgaben an Reise-Unterstützung 54 152,97 M., Gesamt-Einnahme-Unterstützung 6434,65 M., Rest-Einnahme 6290,95 M., Einnahme 6097,46 M., Unterstützung in Rostock 2206 M., sonstige Ausgaben 1469,08 M., 35 Jg. der Zeitschriften 74 892,90 M.,

Fischer-Zeitung 45 764,67 M., Gehälter u. s. w. 105 70,08 M., sonstige Verwaltungsausgaben 15 986 M., an die General-Kommision 2240 M., Unkosten vom Gewerkschaftsamt 1361,10 M., Summa 228 174,72 M.; Neben-Einnahme 10 463,90 M.

Aus Stadt und Land.

Vant, 10. April. Morgen, Mittwoch, findet in Rübbers's Gasthause ein Gerichtstag statt, worauf wir Interessenten hiermit aufmerksam machen.

Vant, 10. April. Ein interessanter Grenzstreit, der gegenwärtig der Entscheidung des großherzoglichen Staatsministeriums harrt, ist zwischen den Nachbargemeinden Accum und Silenriede entbrannt. Der Besitzer des Landguts „Großer Spieler“ in der Gemeinde Silenriede, Landwirth Dye Peter Adlens hat sich beim großherzoglichen Amte darüber beschwert, daß er wegen einiger auf der Grenze der genannten Gemeinden liegenden Parzellen, ja 5 ha groß, sowohl von der Gemeinde Accum als von der Gemeinde Silenriede zu den Gemeindeumlagen, von letzterer Gemeinde jedoch nur zu den Weg- und Chausseumlagen, herangezogen würde, also theilweise doppelt Steuern zahlen müsse, er bittet daher das großherzogliche Amt um eine Entscheidung hierüber. Der „B. J.“ zufolge hat das Amt darauf die beiden Gemeinden auf gefordert, ihre Eigenthumsansprüche an diesen gedachten Parzellen klar zu legen und zu begründen. Die Gemeinde Accum stütze sich auf ein Protokoll vom 14. Februar 1727, nach welchem der damalige Besitzer dieses Landgutes Cayo Alden ausgesetzt hat, daß das Streitobjekt zur Gemeinde Accum gehört und ferner auf drei Zeugen, welche bezeugen, daß sie von ihren Vorfahren nicht anders wüßten, als daß die genannten Parzellen zur Gemeinde Accum gehörten. Die Gemeinde Silenriede beruft sich dagegen auf das Kataster. Im Kataster stehen diese Parzellen als zur Gemeinde Silenriede verzeichnet. Das Amt hat darauf zu Gunsten der Gemeinde Accum entschieden. Die Gemeinde Silenriede hat gegen diese Entscheidung Beschwerde beim großherzoglichen Staatsministerium eingelegt, wo die Sache ihrer zeitlichen Entscheidung augenblicklich harrt. Gespannt ist man in den ländlichen Kreisen auf den Ausgang dieses Streites. Der Versuch eines Vergleiches ist gescheitert.

Vant, 10. April. In der Gemeinde Waddewarden scheint man sich mit den neuen Zeitbestimmungen (Mittel-europäische Zeit) nicht befriedigen zu können. Die Kirchengemeinde, als die einzige öffentliche Uhr zeigt nämlich nach wie vor die alte Zeit. Zwar wurde sie am 1. April um eine halbe Stunde vorwärts gerückt, jedoch schon am selben Abend auf Befehl des Kirchenraths um genannte Zeit wieder zurückgedreht. Es erhebt sich Vorgehen des Kirchenraths um so munderbarer, da die Lehrer der Gemeinde bereits mit der neuen Zeit rechnen. Öffentlich lernt der Waddewarden Kirchenrath noch kennen, daß Waddewarden im Jeverland und dieses in Deutschland liegt, und daß die Einführung der mitteleuropäischen Zeit eines besonderen Beschlusses nicht bedarf, denn die neue Zeitbestimmung ist vom deutschen Reichstage als Reichsgesetz angenommen worden.

Wilhelmshaven, 10. April. Am Sonnabend wurde seitens der kaiserl. Marine der auf der Werft des „Vulkan“ in Stettin neuerbaute Aviso „Hohenzollern“ übernommen.

Wilhelmshaven, 10. April. Schon wieder geht das Gerücht herum, daß wenn der Gesundheitszustand in Hamburg durch Epidemien wieder erschüttert werden sollte, die Hamburger Badefahrt Aktien-Gesellschaft beschaffte, ihre transatlantischen Dampfer von hier aus zu expediren. In wie weit sich dieses Gerücht bestätigen wird, muß die Zukunft lehren.

Wilhelmshaven, 10. April. Auf der Torpedowerft scheint man in einigen Abtheilungen sich an eine systematische Arbeitsmethode, wie sie auf der Bauwerft herrscht, immer noch nicht gewöhnen zu können. Haben wir neulich berichtet müssen, daß man Holzarbeiter, als Tischler, Stellmacher u. s. w., die als Handlanger eingestellt worden und als solche gelohnt wurden, nachher doch Facharbeiter anfertigen ließ, ohne ihnen den Lohn dieser Holzarbeiter zu gewähren; so scheint es, daß bei den Schlossern resp. Maschinenbauern Kechnisches eingeführt werden soll. Benigstens sollte ein Dreher einen Schlosser an der Drehbank anlernen. Als ersterer sich weigerte, wollte ihm der Baumeister, der dort zu befehlen hat, die Alternative stellen, entweder Lehrentmeister zu spielen oder aufzuhören. Der Dreher kam diesem jedoch zuvor und schied ab. Wenn es an Drehern mangelt oder wenn ein junger Schlosser gerne das Eisen- und Metalldrehen lernen will, so liegt da gar nichts darin, wenn man Schlosser an die Drehbank stellt, und kann kein Mensch etwas dagegen haben, oder wenn die Torpedowerft in der schlimmsten Lage eines Kleinindustriellen wäre, so daß sie die Arbeitsabtheilung, durch Sparmaßnahmen gezwungen, nicht völlig durchführen könnte oder der Betrieb es nicht gestattete. Aber hier liegt die Sache ganz anders. Bedäglich nicht zu rechtfertigende Sparjamkeit und über alle Maßen niedere Löhne sind die Ursachen dieses Konflikts gewesen. Und wir meinen, davon sollte die Verwaltung der Torpedowerft abkommen und wenigstens die Praxis der Bauwerft nachahmen. Für 2,50 M., wie uns gesagt wird, kann man freilich einen ordentlichen Dreher heututage und hier nicht mehr erhalten. Das scheint man endlich eingesehen zu haben, denn man soll geneigt sein, den Anfangslohn auf 3,30 M. festzusetzen. Wir können nur wünschen, daß diese Einsicht auch nach anderer Richtung hin Fortschritte machen möge.

Oldenburg, 10. April. An allen Ecken und Enden herrscht Angst vor dem anstehenden Stitz des Sozialismus und überall erblüht man die „Stützen der Ordnung“ bei emfiger Arbeit zur Vernichtung desselben. Auch der Haupt-

mann Donath von hier, welcher jetzt die Kontrollverhandlungen abhält, scheint sich zur Rettung der Gesellschaft berufen zu fühlen. Nachdem er die versammelte Mannschaft heute Morgens auf die Feinde Deutschlands im Osten und Westen aufmerksam gemacht, sagte er: „Und damit der gute Geist in der Armee erhalten bleibe, fordere ich Euch auf, den Elementen, welche die Haarterhaltung der Ordnung untergraben wollen, energisch entgegenzutreten!“ Ebenfalls der Nachmittags versammelten Mannschaft erklärte er, daß wir nicht allein nach außen hin Feinde hätten, sondern auch einen innern, den zu bekämpfen eines jeden Pflicht sei. — So, nun ist die Gesellschaft wieder einmal gerettet. Die Erwartung der Mannschaften, daß Donath für die Militärvorlage Propaganda machen werde, traf nicht ein.

Reimendorff, 8. April. Letzte Zustände scheinen in einer hiesigen Schule zu herrschen. Dem ganzen Dinst hinurch wurde lebhaft Klage geführt über mangelhafte Einrichtung der Klassenzimmer, ohne daß sich der der Schule vorstehende Oberlehrer veranlaßt sah, die nöthigen Schritte einzuleiten bezüß Abänderung dieses Ranges. Vorgesetzten Korps beschwerte sich wiederum eine Lehrerin bei ihm darüber, daß das Unterrichtslokal gar nicht geeignet sei. Es entstand ein lebhafter Wortwechsel, in dessen Verlauf der Herr Oberlehrer sich so weit hinreichend ließ, daß er der Lehrerin einen Bescheid mit Bescheid verles. Die letztere verließ sofort die Schule und ließ die Kinder sich einfinden nach Hause gehen. — Dem schlaftrüben Lehrer wird hoffentlich von zuständiger Stelle aus der greiflich gemacht werden, wie er eine ihm unterstellte Lehrerin zu behandeln hat.

Rei, 10. April. Auf den Schiffen unserer Marine besteht das vollständig eine seitliche Strafe für gewisse Uebertätere. Man stellt dieselben nämlich an den Händen und zieht sie am Rißbaum so weit in die Höhe, daß sie nur noch mit den äußersten Spitzen der Füße das Deck berühren. Eine solche qualvolle Prozedur mußte kürzlich Tage aus dem Ratsort auf dem in hiesigen Hafen liegenden „Bismarck“ König Wilhelm“ durchgemacht werden, zwar des Abtags eine volle Stunde, um sich des Abends nochmals dieser qualvollen Bestrafung zu unterziehen. Was der Mann ist, hat zu Schanden kommen lassen, bemerkt die hiesige „Volksztg“, wissen wir nicht, und thut dies übrigens auch nicht zur Sache. Jedemfalls aber ist, soweit unser Wissen hiervon reicht, eine solche Art der Bestrafung nach militärischem Reglement unzulässig, weshalb wir erwarten, daß der Vorgesetzte, welcher diese Strafe anordnete, zur Rechenschaft gezogen werden wird. (Da wie unser Neuberegan in Rei lange warten können. D. R.)

Vermischtes.

— In dem Dorfe Rodnit bei Katorib kam es zwischen Koseler Soldaten und Dorfbewohnern zu einer furchtbaren Schlägerei. Ertere gebrauchten ihre Seitengewehre, letztere kämpften mit Bagenern, Stangen und Wägen. Acht bis zehn Soldaten, darunter zwei tödtlich, und neun Zivilisten sind verwundet. Die Militär- und Zivilbehörden leiteten sofort eine Untersuchung ein.

— Krieg im Frieden. In Weg hat eine Patrouille wieder von der Spätsaison in belebter Straße Gebrauch gemacht. Es wird darüber geschrieben: Am Sonntag Abend bemerkten nach der Stadt zurückkehrende Personen unter der Führung des Bahnpostbores einen Soldaten, der, in eiliger Flucht begriffen, von zwei anderen mit Gewehren bewaffneten Soldaten (wahrscheinlich einer Patrouille) verfolgt und durch Dalkrause zum Stillstehen aufgefordert wurde. Als der Verfolgte diesem Befehle keine Folge leistete, rief einer der Verfolger, wie der „Westen“ schreibt, sein Gewehr herunter, legte an und gab Feuer auf den Flüchtling. Der Schuß traf den Soldaten nicht und glücklicherweise auch keinen der zahlreichen Ausflüger, die von auswärts der Stadt zuströmten. Aber wie leicht hätte dieser Fall eintreten können!

— Von der Fieberhöhle Santos (Brasilien). Vom 1. Januar bis Ende Februar d. J. sind 660 Personen am gelben Fieber gestorben und zwar im Januar 180, im Februar 480. Unter den Gestorbenen befanden sich 153 Portugiesen, 101 Spanier, 87 Italiener, 66 Deutsche, 39 Engländer, 33 Brasilianer, 25 Franzosen, 22 Schweden, 21 Polen, 20 Norweger, 13 Amerikaner, 11 Desterreicher, 11 Dänen, 8 Russen und 50 von verschiedenen anderen Nationen. Dabei muß bemerkt werden, daß im Monate Februar eine verhältnismäßig niedere Temperatur herrschte.

— Ein Schwabenreich. Der Gemeinderath von Ulm hat sich als Jenseitsbehörde etabliert und die Ausführung eines dramatisirten Gartenlaubentomans im Stadttheater verboten. Das Verbot trifft das von Carl Anders nach dem Berner'schen Roman „Am Altar“ bearbeitete Stück. Die Katholiken fühlen sich durch das Stück in ihren religiösen Gefühlen gekränkt. Also rath ging der Gemeinderath dabei nicht vor, da das Stück bereits sieben Mal gegeben war, als sich die Katholiken darüber beschwerten.

— Folgen des Jähzorns. Ein junger Schlossermeister in Weerane erlag bei der Arbeit, im Jähzorn, mit glühendem Eisen seinen Lehrling. Der Wörder, ein sonst gut beleumeter junger Mann, wurde gegen Abend geschlossen dem dortigen Amtsgerichtsgefängnis zugeführt. Der Lehrling, Sohn eines Bahnwärters aus Kleinholzbain bei Glauchau, hatte die Feiertage bei seinen Eltern verbracht und war zu spät in sein Arbeitsverhältnis zurückgekehrt.

Literarisches.

— Nr. 5a der Couplet- und Duettsammlung „Vorwärts“ erschien schon im Verlag von R. Hoffmann, Jg. Dieselbe enthält: Gruß an den ersten Mai. Für Rämderode. Trü und Ruffel von R. Strempfle. Partitur 1 M., pro Stimme 15 Pf. Der ergreifende Text, verbunden mit einer leidenschaftlichen und doch leicht zu beherrschenden Melodie, dürfte allen Kreisvereinen eine recht willkommene Sache sein, mit deren Hilfe sie die kommenden Raiserfeiern bereichern können. Die können allen Gangesbüchern bei Anschaffung dieser wirklich gelobtenen Probe nur empfehlen. — Zur Waasser reichert ferner in einigen Tagen noch: Waasser und Das Sozialistenfieber. Satyrisches Gegenstandsblatt mit Bezug in 1 Mt. von P. Gert. Preis 20 Pf., 3 Exemplare als Partituren (Rollen) für alle Mitwirkenden 2,50 Mt. mit Aufführungsrecht. — Zu begehren gegen Einzahlung des Betrages in Barren nicht 3 Pf. für Porto vom Verlag sowie bei allen Parteiverhandlungen.

Sonnabend den 15. April, Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr: Große öffentliche Volksversammlung

im Vereins- und Konzert-Haus „Zur Arche“ (C. Heilemann) Bant.

Tages-Ordnung:

1. Die zehn Gebote und die bestehende Klasse. Referent Herr Adolt Hoffmann aus Zeitz. 2. Diskussion.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Einberufer.

Bedruckte
Vardjend-Nacht-Jacken
Stück 1 Mark.
Wilsch. Hofing,
Marktstraße 25.

Frische
Trauer-Kränze
in allen Preislagen, sowie dunkelgrüne
Moos-Kränze
stets vorrätig bei
Aug. Claussen,
Rantigärtner,
Neue Wilhelmshavenerstr. 19.

Wegen Geschäfts-
Verlegung
werden sämtliche Möbel,
Schränke, Vertikow etc.
sowie Stuben- u. Birthschafts-
Stühle zu Fabrikpreisen
verkauft.
Joh. Freudenthal,
Marktstraße 27.



Musverkauf.
Um mein Lager gründlich zu räumen, verkaufe ich verschiedene Sorten Schuhwaaren so lange der Vorrath reicht zu und unter Einkaufspreisen.

Apel, Bant,
Werftstraße 14.
80/82 Centimeter breite roth
baumwollene

Zenqe zu Bettbezügen
pro Meter 25 Pf.
B. H. Bührmann,
Wilhelmshaven.

Garnirte und ungarirte
Damen- und Kinder-Hüte
empfeilt zu den billigsten Preisen
H. Lüschen, Bismarckstr. 14a.

Empfehle mein großes Lager in
Kurz- und Galanterie-Waaren,
baumw. und wollenen Strick- und Häkelgarnen
jeder Art, Schmuck- und Lederwaaren,
Spielsachen etc.

Es ist mein Prinzip, nur gute reelle Waaren zu mäßigen Preisen zu führen und mache besonders auf nachstehende Artikel aufmerksam:
Sommer-Handschuhe in Zwirn und farbige 20, 30, 40, 50 Pf., in Seide 60, 100, 125 Pf.
Glacé Handschuhe für Damen und Herren nur prima Qualität.
Sonne- und Regenschirme zu Fabrikpreisen in großer Auswahl.
Vorjährige Sonnenschirme, um damit zu räumen, unter Einkaufspreis.
Kinder-Strümpfe, Damen-Strümpfe, Herren-Socken, nur gute Qualitäten zu billigsten Preisen.
Korsetts für Damen, wirklich gut sitzende Facons und haltbare Waare 1,40, 1,75, 2,-- und besser.
Für Mädchen von 75 Pf. an.
Stroh Hüte für Damen und Kinder, von 50 Pf. an.
Blumen, seidene Bänder in großer, reichhaltiger Auswahl.
Ledergürtel von 50 Pf. an.
Gummi-Wäsche mit Shirting-Einlage: Klapptragen 45 Pf., Stehtragen 35 Pf., Chemises 45, 60 und 75 Pf.
Ferner: Leinen-Wäsche, Ia. Qualität.
Ney u. Colich's Stoff Wäsche.
Erwaarten in reicher Auswahl, alle Facons, von 20 Pf. an bis zu den feinsten.
Unterzeuge: Normal-Hemde, Normal-Hosen in jeder Preislage.
Marktörbe, Handtörbchen von 50 Pf. bis 3 Mark.

Heinrich Hitzegrad, Bant, Werftstraße.

Ein Malergehilfe
gesucht auf dauernde Beschäftigung.
Th. Hemmen,
Wilhelmshaven, Banterstraße.

Gesucht
ein ordentliches Mädchen für die Vormittagsstunden.
Frau Morisse, Roonstraße 75b, rechts.

Gesucht
zum 1. Mai ein ordentliches zweites Mädchen, das etwas Nähen kann.
Zoch, Zornbeich 16.

Gutes Logis
für einen jungen Mann.
D. Reinde, Bismarckstraße 36, neben dem Mühlgarten.

Ein junger Mann
kann Logis erhalten.
Neubremen, Grenzstr. 29, oben.

Panorama international.
16 Oldenburgerstr. Oldenburgerstr. 16.
Diese Woche:

VII. England.
York, Oxford, Schloss Osborn.
Entree 30 Pf., Kinder 20 Pf.
Geöffnet von Morgens 10 bis Abends 10 Uhr.

ff. trocken ger. Schinken
ff. Hannoversche gek. Mettwurst
ff. Hann. Knackwurst
ff. Harzer Schmoorwurst
empfeilt

Heinr. Müller,
Fleischermeister,
Bismarckstraße 16.

Stadttheater Wilhelmshaven
(Kaisersaal).
Mittwoch den 12. April 1893
Nachmittags 5 Uhr:
Große Vorstellung für die liebe Jugend.
Der Rattenfänger von Hameln.
Phantastisches Volksmärchen mit Gesang in 7 Bildern.
Ermäßigte Preise der Plätze:
Für Kinder:
Sperrfig 50 Pf., 1. Parterre 40 Pf.,
2. Parterre 30 Pf., Gallerie 20 Pf.
Für Erwachsene:
Sperrfig 75 Pf., 1. Parterre 60 Pf.,
2. Parterre 40 Pf., Gallerie 30 Pf.
Raftöffn. 4 $\frac{1}{2}$ Uhr. Anfang 5 Uhr.

Trocken geräucherter fetter
Speck
bei Abnahme von ganzen Seiten à Pfund
65 Pf.
E. Langer, Neuestr. 10.

Bürger-Verein Bant.
Donnerstag den 13. April
Abends 8 Uhr
Monatsversammlung
im Vereinslokal (Bwe. Brumund).
Tages-Ordnung:
1. Lebung der Beiträge.
2. Aufnahme neuer Mitglieder.
3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vorstand.

Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Bant.
Mittwoch den 12. April
Abends 8 Uhr
Versammlung
im Lokale des Herrn Heilemann
„Zur Arche“ in Bant.
Tages-Ordnung:
1. Lebung der Beiträge.
2. Aufnahme neuer Mitglieder.
3. Bericht von der Generalversammlung.
4. Verschiedenes.
Um recht zahlreiches Erscheinen der Mitglieder bittet
Die Ortsverwaltung.

Codes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten die tiefbetrübende Nachricht, daß gestern Nachmittags 3 $\frac{1}{2}$ Uhr meine innigst geliebte Frau
Friederike, geb. Bartsch
nach langer, schmerzlicher Krankheit verstorben ist. Um kühles Beileid bittet
Morg. 11. April 1893.
Der trauernde Gatte:
Theodor Schindler,
nebst Kindern.
Die Beerdigung findet Donnerstag, Nachmittags 2 $\frac{1}{2}$ Uhr, vom Trauerhause, Weg 1, aus statt.